

Anschreiben/Bewerbungsbedingungen

(Teil I der Vergabeunterlagen)



TüBus GmbH

Vergabe "Stell- und Ladeplatzmanagementsystem (SLM)"

TB-SLM 2026

Stand: 12.5.2026

Inhaltsverzeichnis

1	Vorbemerkung	3
2	Unternehmensdaten	4
3	Auftraggeber	7
4	Verfahrensablauf	8
5	Fristen und Termine	10
6	Verfahrensfristen	11
7	Sachdienliche Auskünfte	12
8	Form und Inhalt der Angebote.....	13
9	Verfahrenssprache	17
10	Bietergemeinschaften	18
11	Unterauftragnehmer	19
12	Eignungsleihe	20
13	Angebotswertung	21
14	Zuschlagskriterien.....	23
15	Vertraulichkeit	29
16	Keine Vergütung für die Teilnahme am Vergabeverfahren.....	30
17	Datenschutzhinweise im Zusammenhang mit der Vergabe von öffentlichen Aufträgen und Konzessionen	31
18	Vergabekammer.....	38
19	Anlage	40

1 Vorbemerkung

Mit diesem Anschreiben/Bewerbungsbedingungen und den beiliegenden Vertragsunterlagen werden Sie aufgefordert, ein Angebot für das in den Vertragsunterlagen näher bezeichnete „Stell- und Ladeplatzmanagementsystem“ (kurz: SLM) und dessen Wartung abzugeben.

Die Vergabeunterlagen bestehen aus **zwei** Teilen:

1. diesem Anschreiben/Bewerbungsbedingungen (Teil I) und
2. den Vertragsunterlagen (Teil II).

Das Anschreiben/Bewerbungsbedingungen enthält - neben den einschlägigen Vorschriften der SektVO sowie des GWB - Wettbewerbsregeln für dieses Vergabeverfahren und wird nicht Bestandteil des abzuschließenden Vertrags über die Umsetzung des Stell- und Ladeplatzmanagementsystems bei der TüBus GmbH.

2 Unternehmensdaten

Die **grau** hervorgehobenen Felder sind für informatorische/statistische Zwecke zu bearbeiten:

Name des Bieters/ der Bietergemein- schaft:	
Handelsregister (falls zutreffend): Registergericht Registerart Registernummer	
USt.-ID-Nr.	
Anschrift:	
Straße, Hausnummer	
Postleitzahl, Ort	

Staat	
Homepage/Website (falls zutreffend)	
Für statistische Zwecke: Handelt es sich bei dem Unternehmen des Bieters/der Bietergemeinschaft (d.h. alle Mitglieder der Bietergemeinschaft zusammen betrachtet) um ein sog. Kleinstunternehmen, Kleines Unternehmen oder Mittleres Unternehmen?*	<p>Bitte Zutreffendes ankreuzen/kennzeichnen/ggf. bearbeiten:</p> <p><input type="checkbox"/> Kleinstunternehmen (weniger als 10 Beschäftigte und weniger als 2 Mio. € Jahresumsatz oder Jahresbilanzsumme)</p> <p><input type="checkbox"/> Kleines Unternehmen (weniger als 50 Beschäftigte und weniger als 10 Mio. € Jahresumsatz oder Jahresbilanzsumme)</p> <p><input type="checkbox"/> Mittleres Unternehmen (weniger als 250 Beschäftigte und weniger als 50 Mio. € Jahresumsatz oder weniger als 43 Mio. € Jahresbilanzsumme)</p> <p><input type="checkbox"/> Keine der o.g. Angaben trifft zu. Gründe:</p> <div style="border: 1px solid black; height: 20px; margin-top: 5px;"></div> <div style="border: 1px solid black; height: 20px; margin-top: 10px;"></div>

* Vgl. Empfehlung 2003/361/EG der Kommission vom 6. Mai 2003 betreffend die Definition der Kleinstunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen (ABl. L 124 vom 20.5.2003, S. 36), abrufbar unter <http://eurlex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32003H0361&from=DE>. Kleinstunternehmen: Unternehmen, die weniger als 10 Personen beschäftigen und deren Jahresumsatz und/oder Jahresbilanzsumme 2 Mio. EUR nicht übersteigt. Kleine Unternehmen: Unternehmen, die weniger als 50 Personen beschäftigen und deren Jahresumsatz und/oder Jahresbilanzsumme 10 Mio. EUR nicht übersteigt. Mittlere Unternehmen: Unternehmen, bei denen es sich weder um Kleinstunternehmen noch um kleine Unternehmen handelt, die weniger als 250 Personen beschäftigen und deren Jahresumsatz 50 Mio. EUR nicht übersteigt und/oder deren Jahresbilanzsumme 43 Mio. EUR nicht übersteigt.

Ansprechpartner (des Bieters/des bevollmächtigten Vertreters der Bietergemeinschaft)	
Name, Vorname	
Telefonnummer	
Faxnummer	
E-Mail-Adresse	

3 Auftraggeber

Auftraggeber und Vertragspartner in diesem Vergabeverfahren ist die

TüBus GmbH
Eisenhutstr. 6
72072 Tübingen.

4 **Verfahrensablauf**

Dieses Vergabeverfahren wird nach der Verordnung über die Vergabe von öffentlichen Aufträgen im Bereich des Verkehrs, der Trinkwasserversorgung und der Energieversorgung (Sektorenverordnung – SektVO) und dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) durchgeführt. Hieraus ergeben sich auch die maßgeblichen Bewerbungsbedingungen, die durch die Bestimmungen dieses Anschreibens/Bewerbungsbedingungen ergänzt werden.

Die Leistungen werden in einem mehrstufigen Verhandlungsverfahren vergeben. Die geeigneten Bieter werden nach Ablauf **des Teilnahmewettbewerbes** sodann aufgefordert ein Erstangebot abzugeben. Die Erstangebote werden zunächst auf fristgerechten Eingang geprüft und gemäß Ziffer 13 (mit Ausnahme der Eignungsprüfung) sowie mit Hilfe der unter Ziffer 14 dieses Anschreibens/Bewerbungsbedingungen aufgeführten Zuschlagskriterien gewertet.

Der Auftraggeber behält sich ausdrücklich vor, den **Zuschlag auf Grundlage der Erstangebote** zu erteilen, ohne in Verhandlungen einzutreten.

Sofern der Zuschlag nicht auf Grundlage der Erstangebote erteilt wird, werden die Erstangebote im Anschluss daran mit den Bietern einzeln verhandelt. Verhandeln heißt in diesem Zusammenhang, dass der Auftraggeber und mögliche Auftragnehmer den Auftragsinhalt und die Auftragsbedingungen solange und soweit erörtern, bis klar ist, wie die Leistung konkret beschaffen sein soll und zu welchen Konditionen der Auftragnehmer diese leisten wird.

Wird eine Verhandlungsrunde durchgeführt, werden die Bieter im Nachgang aufgefordert ein endgültiges Angebot abzugeben. Der Auftraggeber wird die eingereichten Angebote gemäß Ziffer 13 (mit Ausnahme der Eignungsprüfung) sowie mit Hilfe der unter Ziffer 14 dieses Anschreibens/Bewerbungsbedingungen aufgeführten Zuschlagskriterien dahingehend beurteilen, welches Angebot das wirtschaftlichste Angebot bietet.

Der Bieter, der anhand der bekannt gegebenen Zuschlagskriterien das wirtschaftlichste Angebot offeriert, wird den Zuschlag über die Umsetzung des Stell- und Ladeplatzmanagementsystems für die TüBus GmbH erhalten.

Die Bieter, deren Angebote nicht berücksichtigt werden sollen, werden über den Namen des Bieters, dessen Angebot angenommen werden soll, über die Gründe der vorgesehenen Nichtberücksichtigung ihres Angebotes und über den frühesten Zeitpunkt des Vertragsschlusses spätestens 10 Kalendertage vor dem Vertragsabschluss/Zuschlag per Telefax oder auf elektronischem Wege informiert. Mit der Zuschlagserteilung endet das Vergabeverfahren. Der Auftraggeber behält sich – soweit erforderlich - vor, den vorstehenden Verfahrensablauf zu ändern; er wird die Bieter hierüber rechtzeitig informieren.

Die Auftragserteilung steht unter dem Vorbehalt der Finanzierungszusage eines Dritten sowie unter dem Vorbehalt der Gremienzustimmung.

5 Fristen und Termine

Folgende Fristen und Termine sind aktuell zu beachten:

Frist Teilnahmeanträge	12.6.2026 10:00 Uhr
Frist Erstangebote	21.8.2026 10:00 Uhr
Verhandlungsrunde	14. - 18.9.2026
Frist endgültige Angebote	10.11.2026 (voraussichtlich)
Angebotsbindefrist	31.1.2027

6 Verfahrensfristen

Die Frist für die Abgabe eines **Teilnahmeantrags** ist auf den **12.6.2026, 10:00 Uhr** bestimmt.

Die Frist für die Abgabe eines Erstangebotes ist auf den 21.8.2026, 10:00 Uhr bestimmt.

An das (endgültige) Angebot ist der Bieter mit Abgabe bis zum 31.1.2027 gebunden.

7 Sachdienliche Auskünfte

Enthalten die Vergabeunterlagen nach Ansicht des Bieters Unklarheiten, so hat er die Vergabestelle unverzüglich und ausschließlich elektronisch, d.h. über das elektronische Vergabeportal (vgl. Ziffer 8 b) des Anschreibens/Bewerbungsbedingungen), darauf hinzuweisen. Eine (fern-)mündliche, schriftliche, per Telefax oder per E-Mail erfolgende Kontaktaufnahme ist nicht gestattet.

In dem Bereich „Nachrichten“ des elektronischen Vergabeportals kann durch Anklicken der Schaltfläche „Bieterfrage stellen“ die Erteilung sachdienliche Auskünfte beim Auftraggeber erbeten werden. Die Erteilung sachdienlicher Auskünfte muss grundsätzlich bis spätestens zwei Wochen vor Ablauf der jeweiligen Frist (zur Abgabe eines Teilnahmeantrags, zur Abgabe von Erstangeboten oder endgültigen Angeboten) erbeten werden. Erbetene sachdienliche Auskünfte, die dem Auftraggeber nicht rechtzeitig elektronisch über das elektronische Vergabeportal vorliegen, können auf Grund der Gleichbehandlung aller Bieter und der Transparenz dieses Vergabeverfahrens grundsätzlich nicht mehr beantwortet bzw. erteilt werden. Ausnahmen hiervon werden – unter Wahrung des Gleichbehandlungsgrundsatzes – nur in begründeten Ausnahmefällen gewährt.

Die sachdienlichen Auskünfte stehen allen Bietern mit Frage und Antwort anonymisiert im Bereich „Nachrichten“ auf der Vergabeplattform zur Einsicht und zum Herunterladen zur Verfügung und sind von den Bietern bei der Ausarbeitung ihres Angebotes wie die Vergabeunterlagen zugrunde zu legen. Die registrierten Bieter werden über sachdienliche Auskünfte elektronisch informiert.

8 Form und Inhalt der Angebote

a) Angebotsunterlagen

Das Angebot ist zwingend und ausschließlich elektronisch in Textform nach § 126b BGB auf der Vergabeplattform beim Auftraggeber einzureichen (vgl. Ziffer 3 des Anschreiben/Bewerbungsbedingungen). Das Angebot muss mit keiner fortgeschrittenen oder qualifizierten elektronischen Signatur versehen sein. (Fern-)Mündliche, schriftliche, per Telefax, per E-Mail oder auf einem Datenträger (z.B. CD-ROM, Disketten, DVD, USB-Stick) eingereichte Angebote sind nicht zugelassen.

Als bzw. mit dem Angebot sind

- 1) die **Vertragsunterlagen**;
- 2) der **EVb-IT-Systemlieferungsvertrag**;
- 3) die **Projektbeschreibung** E-Bus-Betrieb mit SLM in Tübingen;
- 4) das *ordnungsgemäß bearbeitete* **Anforderungs- und Leistungsverzeichnis** (sog. Angebotsraster);
- 5) das *ordnungsgemäß bearbeitete* **Preisblatt** (mit Life-Cycle-Costs);
- 6) der **Projekt- und Lieferzeitplan**;
- 7) der Entwurf einer **Auftragsverarbeitungsvereinbarung (AVV)** (vom Bieter selbst zu erstellen bzw. einzureichen);
- 8) die ordnungsgemäß bearbeiteten **Seiten 4 und 5** („Unternehmensdaten“) **dieses Anschreibens/Bewerbungsbedingungen**;
- 9) die **Erklärung nach Artikel 5 k)** Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 über

restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren;

- 10) das *ordnungsgemäß bearbeitete* Dokument „**ltmg_Muster_AEntG**“;
- 11) das *ordnungsgemäß bearbeitete* Dokument „**ltmg_Muster_Mindestentgelt**“;
- 12) das *ordnungsgemäß bearbeitete* Dokument „**ltmg_Muster_Vertragsbedingungen**“;
- 13) ggf. das **Formblatt „Verhandlungsvorschläge“**;
- 14) **ggf.** notwendige Erklärungen (z.B. Bietergemeinschaft, Unterauftragnehmer)

einzureichen.

b) Anleitung zum Ausfüllen des Dokuments „Leistungsverzeichnis/Angebotsraster“

Die Anforderungen sind in «Musskriterien/Sollkriterien/Option» eingeteilt (Spalte E). In Spalte G ist der Grad der Erfüllung anzugeben. Bei Musskriterien wird ein V erwartet. Die nicht volle Erfüllung eines Musskriteriums führt zum Ausschluss des Angebots.

„Optionen“ (**O**) sind Leistungen, für die sich der Auftraggeber die Entscheidung, ob er sie auch bestellt, noch vorbehält. Es sind sämtliche als Option gekennzeichnete Positionen mit der jeweiligen Preisangabe in Spalte J anzubieten. Optionen sind jedoch nicht im Grundpreis einzurechnen, sondern für jede Option ist in Spalte J ein einzelner Preis anzugeben.

Für mit **OO** gekennzeichnete Optionen ist kein Preis anzugeben, denn hier wird nur die grundsätzliche Möglichkeit einer solchen Erweiterung eruiert. Spalte J ist deshalb bei diesen Positionen ausgegraut.

c) Elektronische Übermittlung des Angebots

Die Softwarekomponente verschlüsselt das Angebot und ermöglicht die elektronische Übermittlung an die in der Softwarekomponente voreingestellten, bieterseitigen E-Mail-Adresse. Sämtliche zu einem Angebot zählenden Dateien sind in einem einzigen Sendevorgang der E-Vergabe-Plattform zu übermitteln. Nach dem Eingang des Angebotes wird dieses mit einem elektronischen Zeitstempel versehen und bis zum Ende der Angebotsfrist verschlüsselt gehalten. Nach der Übermittlung des Angebotes erhalten die Bieter eine elektronische Eingangsbestätigung, die neben dem Eingangszeitpunkt auch eine eindeutige Kennzeichnung enthält. Dadurch wird die technische Identifizierung des jeweiligen Angebotes sichergestellt. Von den Bietern ist zu beachten, dass der elektronische Übertragungsvorgang abhängig von der Größe der Dateien und der Internetverbindung des Bieters einen entsprechenden Zeitaufwand benötigt. Sämtliche Teile der Vergabeunterlagen sind zu bearbeiten und, wo vorgesehen, zu ergänzen. Vorbehalte, Änderungen und Ergänzungen an den Vergabeunterlagen durch den Bieter sind grundsätzlich unzulässig, es sei denn, dass eine Ergänzung ausdrücklich vorgeschrieben ist. Vom Bieter unaufgefordert dem Angebot beigelegte Unterlagen, die nicht zugeordnet werden können, werden nicht berücksichtigt. Nebenangebote und Änderungsvorschläge sind nicht zugelassen. Alle Geldbeträge sind in Euro (EUR), Bruchteile in vollen Cent (Ct.) anzugeben.

d) Technische Hinweise zur Vergabeplattform DTVP von cosinex

Voraussetzung für die Abgabe eines elektronischen Angebotes ist die Registrierung auf der Vergabeplattform Deutsches Vergabeportal (kurz: DTVP) der cosinex GmbH. Das DTVP unterstützt technisch bei

der Sichtung der Vergabeunterlagen, deren Bearbeitung sowie die Bieterkommunikation und die Abgabe von Angeboten. Weitere Informationen und Bedienungshinweise finden sich auch auf der Website: <https://support.cosinex.de/unternehmen/pages/viewpage.action?pageId=28115008>. Die Systemanforderungen für die Anwendung des DTVP sind unter <https://support.cosinex.de/unternehmen/display/company/Systemvoraussetzungen+VMP> aufgeführt. Hinweise zur Registrierung sind unter <https://support.cosinex.de/unternehmen/display/company/Registrierung> zu finden. Allgemeine Informationen zur Abgabe eines elektronischen Angebotes sind insbesondere auch unter <https://support.cosinex.de/unternehmen/display/company/Tipps+zur+elektronischen+Angebotsabgabe> einsehbar. In dringenden Fällen stellt das DTVP eine Hotline für Bieter bzw. Bewerber für Fragen zur Bedienung der Vergabemarktplätze zur Verfügung:

Service-Telefonnummer: 0900-1-267463 (1,49 € pro Minute aus dem deutschen Festnetz, Mobilfunkkosten können abweichen)

9 Verfahrenssprache

Die Verfahrenssprache ist deutsch.

10 Bietergemeinschaften

Eine Bietergemeinschaft hat mit ihrem Angebot eine von allen Mitgliedern unterzeichnete Erklärung abzugeben (vgl. Teilnahmeformular „Eignungskriterien und Ausschlussgründe“),

- (1) in der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall erklärt ist,
- (2) in der alle Mitglieder aufgeführt sind,
- (3) in der der für die Durchführung des Vertrages bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist,
- (4) dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt,
- (5) dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften, auch über die Auflösung der Bieter- bzw. Arbeitsgemeinschaft hinaus.

Wenn nach Zuschlagserteilung die Gründung einer über eine Arbeitsgemeinschaft hinausgehenden Projektgesellschaft durch die Bietergemeinschaft beabsichtigt ist, der die vertragliche Erfüllung übertragen werden soll, sind die Gesellschafter, ihre Gesellschaftsanteile und die Höhe des Haftungskapitals mit der Angebotsabgabe gesondert anzugeben.

11 Unterauftragnehmer

Beabsichtigt der Bieter, Teile der Leistung von Unterauftragnehmern ausführen zu lassen, so muss er in seinem Angebot (vgl. Teilnahmeformular „Eignungskriterien und Ausschlussgründe“)

- die Teile des Auftrags der an die /den Unternehmer vergeben werden soll/en, bezeichnen.

Auf gesondertes Verlangen des Auftraggebers hat der Bieter

1. den/die vorgesehenen Unterauftragnehmer mit

- Namen,
- Anschrift und
- Ansprechpartner zu benennen

sowie

2. die Verpflichtungserklärung(en) dazu vorzulegen, dass ihm die erforderlichen Mittel dieses/r Unternehmen/s zur Verfügung stehen, ungeachtet des rechtlichen Charakters der zwischen ihm und diesem/n Unternehmen bestehenden Verbindungen.

12 Eignungsleihe

Beabsichtigt der Bieter, im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle und/oder technische und berufliche Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch zu nehmen, so muss er in seinem Angebot (vgl. Teilnahmeformular „Eignungskriterien und Ausschlussgründe“)

- die Unternehmen mit
 - Namen,
 - Anschrift und
 - Ansprechpartner benennen,
- das Eignungskriterium benennen, für das er die Kapazitäten der anderen Unternehmen in Anspruch nimmt, sowie
- nachweisen, dass ihm die für den Auftrag erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung stehen werden, indem er beispielsweise eine entsprechende Verpflichtungserklärung dieser Unternehmen vorlegt.

13 Angebotswertung

- **Prüfung auf Vollständigkeit, fachliche und rechnerische Richtigkeit**

In einem ersten Schritt wird geprüft, ob das Angebot vollständig sowie fachlich und rechnerisch richtig ist und ob gegebenenfalls Unterlagen vom Bieter nachgefordert werden.

- **Formale Angebotswertung**

In diesem Schritt wird geprüft, ob das Angebot aus zwingenden oder fakultativen Gründen ausgeschlossen werden muss (z.B. nicht form- oder fristgerecht eingegangene Angebote, es sei denn, der Bieter hat dies nicht zu vertreten).

- **Eignungsprüfung**

Hier wurde im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs geprüft, ob die für den gegenständlichen Auftrag geforderte Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung, die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit sowie die technische und berufliche Leistungsfähigkeit der Bieter gegeben ist und ob kein (zwingender oder fakultativer) Ausschlussgrund nach den §§ 123, 124 GWB vorliegt. Bieter, welche die für die Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen erforderliche Eignung nicht besitzen, werden bei der objektiven und nichtdiskriminierenden Auswahl der Angebote, die für den Zuschlag in Betracht kommen, nicht weiter berücksichtigt.

- **Ungewöhnlich niedrige Angebote**

Erscheinen der Preis oder die Kosten eines Angebots im Verhältnis zu der zu erbringenden Leistung ungewöhnlich niedrig, verlangt der Auftraggeber vom Bieter Aufklärung. Der Auftraggeber prüft die Zusammensetzung des Angebotes und berücksichtigt die übermittelten Unterlagen. Kann der Auftraggeber nach der Prüfung die geringe Höhe des angebotenen Preises oder der angebotenen Kosten nicht zufriedenstellend aufklären, darf er den Zuschlag auf das Angebot ablehnen.

- **Auswahl des wirtschaftlichsten Angebotes**

In die engere Auswahl kommen nur solche Angebote, die eine einwandfreie Leistungserbringung und Qualität erwarten lassen. Zur Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebotes werden die bekanntgegebenen Zuschlagskriterien angewendet. Dem Bieter, der das wirtschaftlichste Angebot eingereicht hat, wird der Zuschlag erteilt.

14 Zuschlagskriterien

Den Zuschlag erfolgt auf das wirtschaftlichste Angebot.

Für die Bewertung der Wirtschaftlichkeit der Angebote wird als Endnote ein Nutzwert (NW) ermittelt, der die Zuschlagskriterien entsprechend ihrer Bedeutung für den Auftraggeber zueinander gewichtet:

Zuschlagskriterium	Note	Bewertungs- anteil (Ge- wicht)
Fachliche Bewertung	F	40%
Angebotspreis	P	50%
Projekt- und Lieferzeitplan	PL	10%

Der Nutzwert eines Angebots wird mit nachfolgender Formel ermittelt:

$$\text{NW} = 40\% \cdot F + 50\% \cdot P + 10\% \cdot PL$$

Dabei sind:

NW = Nutzwert

P = Note aus Preis

F = Note aus fachlicher Bewertung

PL = Note aus Bewertung Projekt- und Lieferzeitplan

14.1 Fachliche Bewertung (F)

a) Anforderungen

Grundlage für das Zuschlagskriterium "Fachliche Bewertung" sind die Angaben zu den im Leistungsverzeichnis/Angebotsraster aufgeführten Soll-Kriterien.

b) Angebotswertung

Die Bewertung erfolgt für jedes Sollkriterium auf einer Notenskala von 0-10.

0 =	Die gestellten Anforderungen werden nicht erfüllt bzw. im abgegebenen LV fehlen beim zu bewertenden Punkt geforderte Angaben.
2 =	Die gestellten Anforderungen werden nur unzureichend erfüllt bzw. im Angebotsraster sind ungenügende oder unvollständige Angaben.
4 =	Die gestellten Anforderungen werden teilweise erfüllt, aber noch unter Mittelmaß.
6 =	Die gestellten Anforderungen werden mit durchschnittlicher Qualität erfüllt und sind den Anforderungen der Ausschreibung entsprechend.
8 =	Die gestellten Anforderungen werden qualitativ gut erfüllt.
10 =	Die gestellten Anforderungen werden qualitativ sehr gut erfüllt, mit sehr großem Beitrag zur Zielerreichung.

Die Erfüllung der Anforderungen wird benotet und gewichtet, wie in der entsprechenden Spalte des Angebotsrasters angegeben. Die Gewichtsskala reicht von 1 (sehr tiefe Gewichtung) bis 5 (maximale Gewichtung).

Die erzielten Noten werden mit der zugehörigen Gewichtung multipliziert und dann aufaddiert.

Diese Zahl wird durch die Summe der Gewichtungen geteilt, so dass eine die Gewichtung berücksichtigende Endnote F entsteht.

14.2 Angebotspreis

a) Anforderungen

Grundlage des Zuschlagskriteriums „Angebotspreis“ ist der im Preisblatt angegebene Angebotspreis (netto).

Der Angebotspreis (netto) ergibt sich aus:

Grundpreis (PG)
+ Preis für Optionen (PO)
+ LCC (Wartungs- und Instandhaltungskosten) für 10 Jahre (P_{LCC})
= maßgebender Gesamtpreis (P_i)

b) Angebotswertung

Dieser maßgebende Gesamtpreis wird mit folgender Formel in eine Note umgerechnet:

Note P	$= 20 - 10 \times (P_i / P_{min})$
--------	------------------------------------

P_i = Gesamtpreis aus Angebot des Anbieters

P_{min} = Preis aus dem niedrigsten Angebot (nur der gültigen Angebote)

10 Punkte erhält das Angebot mit dem niedrigsten Preis. 0 Punkte erhält ein Angebot mit dem 2-fachen des niedrigsten Preises. Alle Angebote darüber erhalten ebenfalls 0 Punkte. Die Punktebewertung für die dazwischenliegenden Preise erfolgt über eine lineare Interpolation mit bis zu zwei Stellen nach dem Komma.

14.3 Projekt- und Lieferzeitplan

a) Anforderungen

Grundlage für das Zuschlagskriterium „Projekt- und Lieferzeitplan“ sind die im vom Bieter zu erstellenden Projekt- und Lieferzeitplan gemachten Angaben zu Lieferzeiten und Inbetriebnahme des SLM.

Der Auftraggeber wünscht eine Lieferung des SLM idealerweise innerhalb von drei Monaten ab Auftragserteilung.

Es dürfen, müssen aber keine etappierten Teillieferungen vorgesehen werden. Sofern eine vollständige **Lieferung im 1. Quartal 2027** nicht möglich ist, ist mit etappierten Teillieferungen, erstreckt über maximal **sechs Monate bis längstens Juni 2027** zu planen. Zudem soll klar ersichtlich sein, welche Teillieferungen wann vorgesehen sind und wie dies mit den vorgesehenen Zahlungssetappen (vgl. Leistungsverzeichnis Kap.12) korrespondiert.

Der **Projekt- und Lieferzeitplan** muss enthalten:

- 1) Liefer-, Inbetriebnahme- und Fertigstellungstermin
- 2) bei Etappierung in Teillieferungen klare Darstellung der einzelnen Etappen mit ihren jeweiligen Liefer- und Inbetriebnahmetermenen, mit Erklärung, was nach der jeweiligen Etappe betrieblich schon nutzbar ist und was noch nicht.
- 3) Die im Zahlungsplan (Leistungsverzeichnis Kap.12) angegebenen Zeitpunkte sollen alle als Meilensteine in Ihrem Projektplan einzeln wiederzufinden sein (auch wenn sie in Ihrer Lieferplanung zusammenfallen sollten)
 - Inbetriebnahme Auslaufplanung

- Inbetriebnahme VDV461 mit dem itcs und Erfüllung der zugehörigen Funktionalität
- Kommunikation mit dem LMS und Erfüllung der zugehörigen Funktionalität
- Lieferung und Abnahme sämtlicher Auftragsbestandteile

- 4) die Zeiten, in welchen Mitarbeitende des Auftraggebers zur Mitarbeit im Projekt benötigt werden (z.B. für Projektbesprechungen, Unterlagen- oder Werksprüfungen, Datenversorgung, Installation, Einweisung/Schulung)

Der eingereichte Projekt- und Lieferzeitplan soll zudem Angaben über die vom Bieter geplante Projektdurchführung, mit Fokus auf die Zusammenarbeit mit dem Auftraggeber, die vom Bieter eingesetzte Projektleitung sowie deren Erfahrung mit SLM enthalten. Der Auftraggeber erwartet als Projektleiter eine zentrale Ansprechperson sowohl für technische als auch alle anderen die Projektdurchführung betreffende Fragen.

b) Angebotswertung

Die Bewertung erfolgt auf einer Notenskala von 0-10.

0 =	Die gestellten Anforderungen werden nicht erfüllt bzw. im abgegebenen LV fehlen beim zu bewertenden Punkt geforderte Angaben.
2 =	Die gestellten Anforderungen werden nur unzureichend erfüllt bzw. im Angebotsraster sind ungenügende oder unvollständige Angaben.
4 =	Die gestellten Anforderungen werden teilweise erfüllt, aber noch unter Mittelmaß.
6 =	Die gestellten Anforderungen werden mit durchschnittlicher Qualität erfüllt und sind den Anforderungen der Ausschreibung entsprechend.
8 =	Die gestellten Anforderungen werden qualitativ gut erfüllt.
10 =	Die gestellten Anforderungen werden qualitativ sehr gut erfüllt, mit sehr großem Beitrag zur Zielerreichung.

14.4 Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebots

Das Angebot mit dem höchsten Nutzwert ($NW = 40\% \cdot F + 50\% \cdot P + 10\% \cdot PL$) ist das wirtschaftlichste Angebot.

Erzielen mehrere Angebote den identischen höchsten Nutzwert (Gesamtpunktegleichstand) entscheidet die höhere Punktzahl beim Zuschlagskriterium „Angebotspreis“ über den Zuschlag. Bei weiteren Punktegleichstand entscheidet die höhere Punktzahl beim Zuschlagskriterium „Fachliche Bewertung“. Danach entscheidet das Los.

15 Vertraulichkeit

Die Vergabeunterlagen (insbesondere Anschreiben/Bewerbungsbedingungen und Vertragsunterlagen) und ihre Anlagen sowie die darin enthaltenen Informationen und alle weiteren vom Auftraggeber zur Verfügung gestellten Informationen bzw. sachdienlichen Auskünfte sind vom Bieter auch nach dem Abschluss des Vergabeverfahrens vertraulich zu behandeln, soweit sie nicht öffentlich zugänglich oder bekannt sind oder ohne Mitwirkung der Bieter bekannt werden.

Diese Verpflichtung gilt zeitlich und örtlich unbeschränkt und auch gegenüber den mit dem Bieter verbundenen Unternehmen (z.B. Tochtergesellschaften) oder Unterauftragnehmern.

Darüber hinaus verpflichtet sich der Bieter auch gegenüber den Medien, bis zur Zuschlagserteilung keine Informationen über den Umstand seiner Beteiligung, den Stand oder sonstige Umstände des Vergabeverfahrens zu erteilen. Ein Verstoß gegen die Vertraulichkeitspflicht kann für den Bieter zu nachteiligen Rechtsfolgen führen.

Der Auftraggeber wird den vertraulichen Charakter aller den Bieter und seine Unterlagen betreffenden Angaben gegenüber Dritten wahren. Der Bieter erklärt sich mit der Abgabe seines Angebotes einverstanden, dass seine Angebotsdaten für interne und/oder statistische Zwecke des Auftraggebers verwendet werden. Ist ein Bieter mit dieser Datenverwendung nicht einverstanden, so hat er dies in einem Begleitschreiben zu seinem Angebot ausdrücklich zu untersagen. Eine Untersagung hat keinerlei Auswirkungen auf die Beteiligung oder Beurteilung des jeweiligen Angebots im Vergabeverfahren.

16 Keine Vergütung für die Teilnahme am Vergabeverfahren

Für die Teilnahme am Vergabeverfahren, die Ausarbeitung der Angebote, die mögliche Teilnahme an Aufklärungsgesprächen, die erforderlichen Vorleistungen, Kalkulationen, Erklärungen, Nachweise u.ä. sowie sonstigen damit verbundenen Aufwendungen und Kosten werden den Bewerbern und Bietern keine Kosten oder Auslagen erstattet bzw. keine Vergütung gezahlt.

17 Datenschutzhinweise im Zusammenhang mit der Vergabe von öffentlichen Aufträgen und Konzessionen

Mit den folgenden Informationen wird ein Überblick über die Verarbeitung der personenbezogenen Daten und die Rechte des Betroffenen aus der europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) gegeben.

a) Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen

Für die Verarbeitung der Daten verantwortliche Stelle im Sinne der Datenschutzgesetze der Mitgliedsstaaten ist:

Name: TüBus GmbH
Ein Unternehmen der Stadtwerke Tübingen GmbH
Adresse: Eisenhutstraße 6, 72072 Tübingen
Telefon: +49 7071 157-157
Telefax: +49 7071 157-3930
E-Mail: tuebus@swtue.de

b) Kontaktdaten des/der Datenschutzbeauftragten

Die Datenschutzbeauftragten sind zu erreichen unter:

Name: Stadtwerke Tübingen GmbH
Datenschutzbeauftragte
Adresse: Eisenhutstraße 6, 72072 Tübingen
Telefon: +49 7071 157-0
Telefax: +49 7071 157-102
E-Mail: datenschutz@swtue.de

c) Zwecke und Rechtsgrundlagen der Verarbeitung

Die personenbezogenen Daten werden bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen und Konzessionen verarbeitet. Dies betrifft insbesondere die Prüfung der Eignung der Bewerber/Bieter sowie der Prüfung der Angebote. Aufgabe des Auftraggebers ist es nach § 122 Abs. 1 GWB zu prüfen, ob die Unternehmen, die sich um den Auftrag bemühen geeignet sind. Zum Zwecke der Eignungsprüfung ist es daher zulässig, personenbezogene Daten zu erheben und zu verarbeiten. Der Auftraggeber hat sich nach den §§ 123 ff. GWB davon zu überzeugen, dass vor allem keine Ausschlussgründe vorliegen, welche die Zuverlässigkeit des Unternehmens in Frage stellen. Die im Einzelnen verfolgten Zwecke sind:

- Durchführung von Vergabeverfahren, insbesondere:
 - Bereitstellen von Vergabeunterlagen
 - Beantwortung von Bieterfragen
 - Abfrage und Überprüfung des Vorliegens von Ausschlussgründen
 - Abfrage und Überprüfung der Eignung
 - Erfüllung vergaberechtlicher Transparenzverpflichtungen
- Pflege einer Adressdatenbank/Bieterkartei
- Dokumenten- und Vertragsmanagement
- Vertragsabwicklung
- Erfüllung datenschutzrechtlicher Verpflichtungen
- Führen sachdienlicher Kommunikation

Die Verarbeitung der personenbezogenen Daten ist zur Erreichung der oben genannten Zwecke erforderlich. Rechtsgrundlage für die Datenverarbeitung ist Art. 6 Abs. 1 Buchst. c (rechtliche Verpflichtung) und Buchst. e (Aufgabe im öffentlichen Interesse) DS-GVO i.V.m. §§ 122 bis 124 GWB.

d) Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten

Die personenbezogenen Daten werden – soweit erforderlich – an folgende Stellen übermittelt, wenn gesetzliche Bestimmungen dies erlauben oder eine Einwilligung vorliegt:

- Bundesamt für Justiz zur Einholung von GZR-Auskünften gem. § 150a GewO (i.V.m. § 19 Abs. 4 MiLoG, § 21 Abs. 4 Arbeitnehmer-Entsendegesetz, § 21 Abs. 1 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz);
- Referenzgeber zur Überprüfung von Referenzen;
- Sachbearbeiter zur sachdienlichen Kommunikation;
- Bieter, deren Angebote nicht berücksichtigt werden sollen, über den Namen des Unternehmens, dessen Angebot angenommen werden soll, die Gründe der vorgesehenen Nichtberücksichtigung ihres Angebots und über den frühesten Zeitpunkt des Vertragschlusses (§ 134 Abs. 1 GWB). Dies gilt auch für Bewerber, denen keine Information über die Ablehnung ihrer Bewerbung zur Verfügung gestellt wurde, bevor die Mitteilung über die Zuschlagsentscheidung an die betroffenen Bieter ergangen ist;
- Jedem Bewerber und jedem Bieter, dem die Entscheidung über den Abschluss einer Rahmenvereinbarung, die Zuschlagserteilung oder die Zulassung zur Teilnahme an einem dynamischen Beschaffungssystem mitgeteilt wird (§ 62 Abs. 1 Satz 1 VgV);
- Unterlegene Bieter, die einen Antrag nach § 62 Abs. 2 Nr.3 VgV stellen bzw. gemäß § 46 Abs.1 UVgO (§ 19 Abs.1 VOL/A) über die Merkmale und Vorteile des erfolgreichen Angebotes sowie den Namen des erfolgreichen Bieters;
- An das Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union spätestens 30 Tage nach der Vergabe eines öffentlichen Auftrags oder nach dem Abschluss einer Rahmenvereinbarung eine

Vergabebekanntmachung mit den Ergebnissen des Vergabeverfahrens (§ 39 Abs. 1 VgV). Hierbei werden auch Name und Anschrift des Wirtschaftsteilnehmers zu dessen Gunsten der Zuschlag erteilt wurde, veröffentlicht;

- Die Stelle zur Nachprüfung behaupteter Verstöße gegen Vergabebestimmungen (Vergabekammer) im Falle der Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens (§ 163 Abs. 2 Satz 4 GWB);
- Oberlandesgericht für das Verfahren der sofortigen Beschwerde nach § 171 GWB.

e) Übermittlung von personenbezogenen Daten an ein Drittland

Es ist nicht geplant, die personenbezogenen Daten der Bewerber/Bieter an ein Drittland/eine internationale Organisation zu übermitteln.

f) Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten

Die Daten werden nach der Erhebung so lange gespeichert, wie dies unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen erforderlich ist. Gemäß § 8 Abs.4 VgV sind Vergabeunterlagen bis zum Ende der Laufzeit des Vertrags/der Rahmenvereinbarung aufzubewahren, mindestens jedoch für drei Jahre ab dem Tag des Zugangs. Unterlagen, deren Archivwürdigkeit verneint worden ist, werden in der Regel zehn Jahre nach Abschluss des jeweiligen Vorgangs datenschutzgerecht vernichtet.

g) Betroffenenrechte

Die DS-GVO gewährt betroffenen Personen verschiedene Rechte, die im Nachfolgenden kurz aufgeführt sind. Nähere Informationen sind den Art. 15 bis 18 und 20 sowie 21 DS-GVO zu entnehmen.

- **Recht auf Auskunft, Art. 15 DS-GVO**

Der Betroffene hat einen Anspruch darauf, dass ihm die Verarbeitungszwecke, die Kategorien der personenbezogenen Daten, die verarbeitet werden, sowie die Dauer der Verarbeitung, mitgeteilt werden. Das Auskunftsrecht erstreckt sich auf die etwaigen Empfänger von Daten und auf die Frage, ob diese Empfänger möglicherweise in Drittländern ansässig sind.

- **Recht auf Berichtigung, Art. 16 DS-GVO**

Sollten die personenbezogene Daten nicht (mehr) zutreffend oder unvollständig sein, kann Berichtigung oder Vervollständigung verlangt werden.

- **Recht auf Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung, Art. 17, 18 DS-GVO**

Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so kann der Betroffene die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen. Grundsätzlich kann davon ausgegangen werden, dass so lange nicht gelöscht werden muss, als im Rahmen des Art. 6 Abs.1 DS-GVO der Verantwortliche eine Rechtsgrundlage für sich in Anspruch nehmen kann.

- **Recht auf Datenübertragbarkeit, Art. 20 DS-GVO**

Wenn der Betroffene in die Datenverarbeitung eingewilligt hat oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu.

- **Recht auf Widerspruch, Art. 21 DS-GVO**

Die betroffene Person hat das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit der Verarbeitung der sie betreffenden Daten zu widersprechen. Allerdings muss dem nur nachkommen werden, wenn an der Verarbeitung kein überwiegendes öffentliches Interesse besteht oder keine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung verpflichtet.

- **Widerruf der Einwilligung**

Erfolgt die Verarbeitung der Daten der betroffenen Person aufgrund einer Einwilligung, hat sie das Recht, die Einwilligung jederzeit zu widerrufen, ohne dass die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung berührt wird.

Sollte von den oben genannten Rechten Gebrauch gemacht werden, prüft die öffentliche Stelle, ob die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind.

h) Widerrufsrecht bei Einwilligung (im Falle des Art. 6 Abs.1 Buchst. a oder Art. 9 Abs. 2 Buchst. a DS-GVO)

Wenn in die Verarbeitung mit einer entsprechenden Erklärung eingewilligt wurde, kann die Einwilligung jederzeit für die Zukunft widerrufen werden. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Datenverarbeitung wird durch diesen nicht berührt.

i) Beschwerderecht

Weiterhin besteht ein Beschwerderecht bei der zuständigen Datenschutzaufsichtsbehörde. Dies ist u.a. der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Baden-Württemberg. Die Kontaktdaten lauten:

Name: Prof. Dr. Tobias Keber
Postfach: Postfach 10 29 32, 70025 Stuttgart
Adresse: Lautenschlagerstraße 20, 70173 Stuttgart
Telefon: +49 711 615541-0
Telefax: +49 711 615541-15
E-Mail: poststelle@lfdi.bwl.de

j) Pflicht zur Bereitstellung der Daten

Die Bereitstellung der personenbezogenen Daten ist für den Vertragsschluss erforderlich. Bei Nichtbereitstellung dieser Daten kann möglicherweise das Vergabeverfahren nicht erfolgreich durchgeführt und/oder der Vertrag nicht abgewickelt werden.

18 Vergabekammer

Zuständige Nachprüfungsbehörde für behauptete Verstöße gegen Vergabebestimmungen ist die:

Vergabekammer Baden-Württemberg im Regierungspräsidium

Karlsruhe

Kapellenstraße 17

76131 Karlsruhe

Telefon +49 721 926-8730

Telefax +49 721 9263985

vergabekammer@rpk.bwl.de

Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist schriftlich bei der Vergabekammer einzureichen und unverzüglich zu begründen. Er soll ein bestimmtes Begehren enthalten. Ein Antragsteller ohne Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt, Sitz oder Geschäftsleitung in der Bundesrepublik Deutschland hat einen Empfangsbevollmächtigten in der Bundesrepublik Deutschland zu benennen. Die Begründung muss die Bezeichnung des Antragsgegners, eine Beschreibung der behaupteten Rechtsverletzung mit Sachverhaltsdarstellung und die Bezeichnung der verfügbaren Beweismittel enthalten sowie darlegen, dass die Rüge gegenüber dem Auftraggeber erfolgt ist; sie soll, soweit bekannt, die sonstigen Beteiligten nennen. Der Antrag ist u.a. dann unzulässig, soweit:

- (1.) der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat,

- (2.) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
- (3.) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
- (4.) mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

19 Anlage

Anlage 1: Teilnahmeformular „Eignungskriterien und Ausschlussgründe“

Anlage 2: Erklärung nach Artikel 5 k) Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren